



Antrag

der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PI-RATEN und der Abgeordneten des SSW

Verhandlungen über Bund-Länder-Finanzbeziehungen nicht ohne Beteiligung der Landesparlamente

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, auf Bundesebene dafür einzutreten, dass die Landesparlamente an den Verhandlungen über die künftigen Bund-Länder-Finanzbeziehungen beteiligt werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag appelliert an Bundestag und Bundesrat, die Beteiligung der Landesparlamente im gesamten Beratungsverfahren zu gewährleisten.

Als Haushaltsgesetzgeber tragen die Landesparlamente Verantwortung für die Leitlinien der Politik ihrer Bundesländer. Daher sind sie an denjenigen Entscheidungen zu beteiligen, die wesentliche Auswirkungen auf ihre Haushaltsgesetzgebung haben.

Analog zur Besetzung der Föderalismuskommission II fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag neben der Beteiligung der Institution Landtag eine politische Repräsentanz der in den Landesparlamenten vertretenen Fraktionen.

Begründung:

Die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse und die Haushaltssituation des Landes stellen uns vor große Herausforderungen. Die politischen Antworten werden maßgeblich auch von den künftigen Finanzbeziehungen mit dem Bund und den anderen Bundesländern zusammenhängen.

Johannes Callsen
und Fraktion

Dr. Ralf Stegner
und Fraktion

Eka von Kalben
und Fraktion

Wolfgang Kubicki
und Fraktion

Torge Schmidt
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW